

Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte

21. Februar 2008

Nr. 6 ⁽²⁴⁸⁾ 2. ^(19.) Jahrgang



Die Türme von Döbeln (links) und Mittweida (rechts) in Mittelsachsen - In Freiberg kommt in diesem Jahr das grundlegend sanierte Schloss Freudenstein (oben) dazu

Die Titelthemen dieser Ausgabe

Die Verwaltungsreform und ihre Konsequenzen für Mittelsachsen

Der Ortsverband Döbeln (Landkreis Döbeln) stellt sich vor

Das deutsche Gesundheitswesen ist krank

- 2 editorial, glossiertes & kommentiertes
- 3 die rosa-luxemburg-konferenz in berlin
- 4/5/6 die sächsische kreisgebiets- und verwaltungsreform und deren konsequenzen für mittelsachsen
- 7 der ortsverband döbeln stellt sich vor
- 8 das deutsche gesundheitswesen ist krank
- 9/10 programmdiskussion, mosaik
- 11 jubiläen
- 12 termine

Die nächste Ausgabe der „Döbelner, Freiburger, Mittweidaer LinksWorte“ erscheint in der 12. Kalenderwoche 2008
 Redaktionsschluss ist Freitag, 14. März 2008

Unsere Leser werden herzlich gebeten, für die Herausgabe und Verbreitung der LinksWorte zu spenden.

Geldspenden sind unter Angabe des Verwendungszwecks „LinksWorte“ an folgende Bankverbindung möglich:

Deutsche Bank Freiberg
 BLZ: 870 700 24
 Konto-Nr.: 227 268 000

Zuschriften, Kritiken und Hinweise an die Redaktion sind ausdrücklich erwünscht.

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE; Regionalvorstand
 Döbeln-Freiberg-Mittweida
 Postanschrift: 09599 Freiberg, Roter Weg 4 1
 Telefon: 0 37 31 - 2 22 56
 Telefax: 0 37 31 - 20 21 40

Redaktion: Ruth Fritzsche, Rolf Heinitz, Michael Matthes, Lothar Pötzsch, Christoph Willenberg, Hans Weiske (verantw.)

Satz, Fotos und Layout: A • Bi • Te
 Agentur für Bild und Text Dr. Hans Weiske
 Birkenstraße 23b 09569 Falkenau

Verlag und Vertrieb: Eigenverlag und-vertrieb

Druck: Druckerei Willy Gröer GmbH & Co.KG,
 Boettcherstrasse 21, 09117 Chemnitz

Die „LinksWorte“ werden in der Erscheinungswoche im Internet unter www.links Worte.de veröffentlicht. Dort sind auch frühere Exemplare der Zeitung aus dem Archiv abrufbar.

Webmaster: Richard Thum

editorial

Das Jahr 2008 hat Fahrt aufgenommen. Wir sind schon mittendrin. Mit den Wahlergebnissen in Hessen und Niedersachsen hat es aus der Sicht der LINKEN sein erstes echtes Highlight erlebt: sie sind endgültig und unwiderruflich auch im Westen Deutschlands angekommen! Die Front derjenigen, welche die LINKEN gern als die Schmuttelkinder der Nation bezeichnen und auch als solche behandeln möchten, beginnt zu bröckeln. Die LINKE ist - ob man das besonders bei den regierenden schwarz-“roten“ Koalitionären wahrhaben will oder nicht - in der deutschen Parteienlandschaft angekommen. Zwei Zitate sollen das belegen. Die „Welt am Sonntag“ überschreibt in der Vorwoche einen ihrer Artikel zu den Wahlergebnissen in Hessen und Niedersachsen mit „Wie die Linke fast mühelos die Republik verändert“ und Pedram Shahyar kommentiert im „Neuen Deutschland“ unter der Überschrift „Was nun, deutsche Sozialdemokratie?“ mit den Worten „Durch die Ablehnung eines Linksbündnisses begibt sich die SPD in ein strategisches Dilemma“.

Im künftigen „Großkreis Mittelsachsen“ - der Sächsische Landtag hat inzwischen dafür die Weichen gestellt - dürfte der Gang der Dinge nicht mehr aufzuhalten sein. Die LINKE hat sich schon längst darauf eingestellt. Der Regionalverband Döbeln/Freiberg/Mittweida - warum eigentlich nicht ab sofort (Regional)Kreisverband Mittelsachsen? - hat am vergangenen Montag Nägel mit Köpfen gemacht. Auf dem für den 05. April vorgesehenen Regionalparteitag in Geringswalde/OT Hoyersdorf (Landkreis Mittweida) und der am gleichen Tag stattfindenden VertreterInnen-Versammlung werden Weichen gestellt. Gibt es doch in diesem Jahr einen absoluten Schwerpunkt: die Landrats-, Kreistags- und Bürgermeisterwahlen am 08. Juni. Da ein Landrat der LINKEN in Mittelsachsen zumindest vorerst eine schöne Illusion bleiben dürfte - aber darum kämpfen sollte man dennoch - wird das Ringen um eine starke Fraktion der LINKEN im künftigen Kreistag im Mittelpunkt des Wahlkampfes stehen. Außerdem gilt die Unterstützung den Kandidaten der LINKEN für die Wahl zum Bürgermeister in den Kommunen. Dafür braucht die LINKE ein griffiges, aussagestarkes Wahlprogramm. Gleich aus zwei „Kreisstädten a.D.“ - aus Döbeln und Mittweida - sollten sich in der heutigen Ausgabe die Ortsverbände der LINKEN vorstellen. Der Ortsverband Mittweida sah sich dazu leider nicht in der Lage. (siehe dazu auch unseren nachstehenden Kommentar.)

Intensiv hat sich die vom Regionalvorstand eingesetzte Programm-Gruppe in den ver-

gangenen Wochen mit dem Entwurf eines „Programms der LINKEN für Mittelsachsen“ beschäftigt, welches aus den verunglückten „kommunalpolitischen Leitlinien“ hervorgegangen ist und unseren inhaltlichen Fahrplan zu den Kreistagswahlen bilden soll. Dazu fand am 11. Februar im Regionalvorstand eine Diskussion statt. Die „LinksWorte“ dokumentieren den aktuellen Arbeitsstand als Beilage zur heutigen Ausgabe und rufen zur breiten Diskussion in den Basisgruppen und Ortsverbänden auf. Leider fanden diesmal nicht alle Zuschriften und Artikelangebote unserer Leserinnen und Leser in den „LinksWorten“ Platz. Das verdeutlicht nur die Notwendigkeit, über die neue Webseite des Regionalverbandes

www.dielinke-mittelsachsen.de zügig eine Diskussions-Plattform einzurichten, welche das „Forum LinksWorte“ ergänzt und wo alle, die es wünschen, zu Wort kommen.

kommentiert in eigener sache

Unsere Regionalverband leistet sich den Luxus einer eigenen Zeitung. Hervorgegangen ist sie aus den „Freiberger LinksWorten“ und sicherlich wird sie sich bald in „Mittelsächsische LinksWorte“ umbenennen.

Eine „kleine Zeitung“ lebt davon, dass sie von ihren Lesern getragen wird. Dabei wenden wir uns keinesfalls nur an die Mitglieder der LINKEN. Wir müssen leider feststellen, dass wir hierbei nur schwer vorankommen. Dabei gibt es in den Kreisen Döbeln und Freiberg durchaus gute Beispiele. Nun kann es an der Qualität der Zeitung liegen, an der Themenauswahl und der Aktualität. Das ließe sich ändern! Es kann aber auch an der Bequemlichkeit oder einfach am Desinteresse liegen, sie zu lesen und zu verbreiten. Uns sind Beispiele aus Mittweida und Brand-Erbisdorf bekannt geworden, wo die „LinksWorte“ von einem Teil der Genossinnen und Genossen unbeachtet liegen bleiben. Es war schwer, aus den ehemaligen Kreisverbänden Döbeln und Mittweida Mitarbeiter für die Redaktion zu gewinnen. Für diese Ausgabe sah sich der Ortsverband Mittweida trotz langfristiger Absprache nicht in der Lage, einen Beitrag über seine Arbeit zu schreiben.

Wir besprechen zu den monatlichen - öffentlichen - Redaktionsberatungen jeweils den Inhalt der folgenden Ausgabe. Jeder kann dabei mitmachen, seine Ideen und Anregungen einbringen. Es wäre schade, wenn das Projekt unserer „Mittelsächsischen LinksWorte von allen für alle“ scheitern würde. (red)

offener brief

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

da gibt es Kritik an und möglicherweise auch Verärgerung über meine beiden STANDPUNKTE in den LINKSWORTEN. Dankbar bin ich jenen, die offene Worte fanden. Menschlich verständlich, aber nicht kameradschaftlich finde ich, sich nicht zu äußern und übelzunehmen.

Zu vermuten, ich wolle Genossinnen und Genossen abqualifizieren, halte ich geradezu für absurd. Mir als jemandem, der fünfzehn Jahre politische Auszeit genommen hatte, steht das einfach nicht zu. Euch ist es schließlich zu verdanken, dass es die Partei heute noch gibt. Und doch liebe Genossinnen und Genossen, trotz der Niederlage von 1989, die wir selbst zu verantworten haben, ist es an der Zeit, den Kopf zu heben und unsere Zuversicht wiederzugewinnen. Die Parteien, allen voran die CDU, die Euch abgelehnt, gedemütigt und in die Defensive gedrängt haben, haben das Vertrauen der Mehrheit der Bürger verloren. Ich hoffe, wir stimmen in dieser Ansicht überein. Als ich vor zwei Jahren der WASG beitrug und als klar war, dass sich die linken Kräfte zu einer gesamtdeutschen Partei vereinigen, erwartete ich deshalb eine Partei im Aufbruch. Da sah ich die Stunde für gekommen an.

Erleben musste ich, wie in der sogenannten Koordinierungsgruppe nicht selten einer der vormaligen Kreisvorstände den anderen ins Leere laufen ließ. Man verstand sich zwar, aber es fehlte das Zusammengehen und das Vertrauen zueinander. Unzufrieden bin ich, dass wir uns fast ausschließlich mit uns selbst beschäftigen, uns in Scheindebatten verlieren und manchmal auch noch gegenseitig die Beine wegziehen. Für mich persönlich war es deprimierend miterleben zu müssen, dass die WASGler, wenn auch nur ein Splittergrüppchen aber mit der Bereitschaft, sich für die gemeinsame Sache einzusetzen, nicht willkommen geheißen, sondern untergebuttert wurden. Und glaubt mir, als „Wiedereinsteiger“ habe ich einen etwas freieren Blick auf das Innere unserer Partei.

In Freiberg haben wir einen Oberbürgermeister-Kandidaten, 35 Jahre jung und als Rechtsanwalt ein respektable Bürger. Es sieht so aus, als könnten wir einen ebenso respektable Landrats-Kandidaten aufbieten. Nun kann es doch keinen Zweifel daran geben, die linken Kandidaten „durchzubringen“ und im Kreistag eine Mehrheitsfraktion zu bilden. Dass es dazu die Möglichkeit gibt, davon bin nicht nur ich überzeugt. Ich wünschte mir, wir setzten uns zusammen und suchten gemeinsam Alternativen zu unserer bisherigen Wahlvorbereitung und stellen ein Wahlprogramm auf, das die brennendsten Probleme der Bürger einer Lösung näherbringt und trauen es uns zu, mit den Bürgern unsere Vorhaben zu realisieren. Wir haben doch nichts zu verlieren.

Als ich seinerzeit als Pennäler noch lateinische Texte pauken musste, gab es auch einige Sprüche, die mir geblieben sind:

NICHT - WEIL ES UNERREICHBAR IST, WAGEN WIR ES NICHT;
SONDERN - WEIL WIR ES NICHT WAGEN, IST ES UNERREICHBAR.

Und nun bitte ich Euch, lest meine STANDPUNKTE noch einmal. Natürlich sollen sie provozieren, aber auch aufrütteln zum Überdenken unserer bisherigen Handlungen.

Euer Michael Matthes

Im Geiste von Karl und Rosa

von Petra Steiden, stellvertretende Regionalvorsitzende

Am Samstag vor der Großdemo zum Gedenken an die Ermordung von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht findet seit 1996 in Berlin die von der Tageszeitung Junge Welt veranstaltete Internationale Rosa-Luxemburg-Konferenz statt. Über 2000 Teilnehmer fanden sich am 12. Januar dieses Jahr im Haus der URANIA ein.

Ich erlebte die Konferenz, deren Zweck und Inhalt der Austausch von weltweit agierenden linken Bewegungen und Parteien ist, zum zweiten Mal.

Die Redner berichten in ihren Beiträgen über ihre Erfahrungen, Erfolge und Niederlagen im täglichen Kampf gegen den global entfesselten Kapitalismus. So unterschiedlich ihre Herkunft, so verschiedenartig und doch irgendwie auch wieder gleich sind die Probleme und Gegner.

Aus dem letzten Jahr ist mir besonders Dr. Alberto Moreira, Befreiungstheologe an der Universität Goiania in Brasilien in Erinnerung geblieben. In perfektem Deutsch analysierte er die politische Situation in Lateinamerika nach den Wahlerfolgen linker Präsidentschaftskandidaten und brachte Beispiele für die Vielfältigkeit des Kampfes sozialer Initiativen in Brasilien, mit welchen Schwierigkeiten sie zu kämpfen haben und wie schwer sie einmal errungene Siege immer wieder behaupten müssen.

Ebenso blieb mir Ernest Kaltenecker, der jahrelang für die steirische KPÖ Wohnungstadtrat in der Landeshauptstadt Graz war und seit 2005 Landtagsabgeordneter ist, im Gedächtnis haften, da er ein auch für unsere Partei höchst brisantes Thema behandelte. Unter dem Titel: „Alltag und große Ziele“ sprach er über den schmalen Grat, auf dem eine Linkspartei zwischen Opposition und Regierungsbeteiligung wandelt.

In beiden Jahren sprachen sowohl der Anwalt von Mumia Abu-Jamal, Robert R. Bryan, Rechtsanwalt in San Francisco / USA als auch Mumia selbst zu den Konferenzteilnehmern. Die meisten von Euch werden den Namen Mumia Abu-Jamal schon gehört haben. Der Journalist Mumia Abu-Jamal wurde 1982 in einem rassistisch geprägten Verfahren für einen angeblichen Polizistenmord zum Tode verurteilt. Von der Polizei wurden Beweismittel manipuliert bzw. nicht gesichert, weil sie Mumia Abu-Jamal sofort zum Täter erklärt hatte. Er war schwarz, ein bekannter politischer Aktivist, hatte die Polizei öffentlich kritisiert, und nun konnten sie ihn endlich abservieren. Er war also schon zum Tode verurteilt, bevor er ins Gefängnis eingeliefert wurde.

Auch diesmal konnten die Versammelten seine

Stimme von einer CD hören, die in deutscher Übersetzung im Saal verlesen wurde.

Unter <http://www.freedom-now.de/news/artikel380.html> könnt Ihr die Rede von Mumia nachlesen.

Mr. Bryan sprach über seine Arbeit als Anwalt gegen die Todesstrafe und über Hintergründe des Ringens um einen neuen Prozeß für Mumia Abu-Jamal. Seit Januar 2003 leitet er das Team der Vertrauensanwälte, die für ihren Mandanten Mumia Abu-Jamal vor den US-Bundesgerichten eine Aufhebung des Todesurteils und die Wiederaufnahme des Verfahrens erreichen wollen.

Die Berufungsanträge zur Frage der Wiederaufnahme des Verfahrens stehen beim Bundesberufungsgericht für den 3. Bezirk in Philadelphia zur Entscheidung. Die möglichen Entscheidungen des Gerichts sind im Wesentlichen drei.

Erstens: Das Gericht läßt die Verurteilung wegen Mordes unangetastet, ordnet aber ein neues Urteil über das Strafmaß vor einer Jury an. Also: Todesurteil oder lebenslange Haft. Zweitens: Das Todesurteil wird wegen Verletzung der Verfassung aufgehoben und der Fall in einem neuen Prozeß neu aufgerollt. Mumia könnte dann freigesprochen werden.

Drittens: Das Bundesgericht lehnt alle Berufungsanträge ab und bestätigt das Todesurteil vom 3. Juli. Wenn das eintritt, geht Mr. Bryan davon aus, dass mit der Vollstreckung innerhalb des nächsten Jahres zu rechnen ist.

Für diesen Fall müssten dann umgehend weltweit Aktivitäten ergriffen werden. Die „älteren“ Semester unter uns können sich noch gut an den Prozess gegen Angela Davis erinnern und wie es aufgrund der internationalen Proteste gelang, ihre Freilassung zu erreichen. Ich hoffe



nicht, daß es erst so weit kommen wird, wenn aber doch, dürfen wir keine Mühe scheuen, alles zu tun, um Mumias Leben zu retten.

Teilmotto der Konferenz »Klasse für sich«: Wenn die Linke etwas werden und erreichen will, braucht sie ihre eigene Politik, ihre eigene Kultur und ihre Medien - letzteres der rote Faden, der sich durch die Vorträge zog.

Zum Motto diesen Jahres: „Klasse für sich. Unsere Politik. Unsere Kultur. Unsere Medien“ meldeten sich u.a. Mandakranta Sen, Schriftstellerin aus Indien, William Grigsby Vado »El Chele«, Direktor von Radio La Primerisima, Nikaragua und Ignacio Ramonet, Chefredakteur Le Monde Diplomatique, Frankreich zu Wort.

William Grigsby berichtete von dem großen Einfluß, den „sein“ Radiosender aufgrund der großen Armut (heute größer als unter Somoza) in Nikaragua hat. In vielen anderen Ländern wird diese Rolle das Fernsehen spielen. Unbestritten steht die Notwendigkeit, linke Inhalte

Fortsetzung auf Seite - 11 -

Die vom Landtag beschlossene Kreisgebiets- und Verwaltungsreform und ihre Konsequenzen

Am 22. und 23. Januar hat der Sächsische Landtag die Kreisgebiets- und Verwaltungsreform in zweiter und dritter Lesung beschlossen. Was bis dahin nur Theorie war, ist seither mit großer Wahrscheinlichkeit Realität. Die Verwaltungsreform soll am 01. August 2008 in Kraft treten. Für DIE LINKE im neuen Großkreis Mittelsachsen bedeutet das ganz konkret: am 08. Juni werden ein neuer Landrat und ein neuer Kreistag für Mittelsachsen gewählt. Hinzu kommt in der Mehrzahl der Kommunen die Wahlen der Bürgermeister. Auf den folgenden beiden Seiten werden wir umfassend darauf eingehen. Unsere **Redaktion** wird zunächst versuchen, den Lesern der „LinksWorte“ die wichtigsten Konsequenzen aufzuzeigen, die sich für den „normalen“ Bürger aus der Bildung des neuen Kreises Mittelsachsen ergeben.

Im folgenden stellt **Elke Altmann** aus Freiberg, Mitglied des Landtages, ihren ganz persönlichen Blick auf die Dinge dar. Schließlich müssen wir einen Lapsus der letzten Ausgabe korrigieren. Im Beitrag von Achim Grunke, Vorsitzender des Regionalvorstandes, waren die Fakten über die Wahlkreiseinteilung für das Gebiet des Landkreises Döbeln leider abhanden gekommen. Wir holen das in dieser Ausgabe selbstverständlich nach.

Die aktuelle Verwaltungsreform und ihre Konsequenzen für Mittelsachsen

Die im Januar im Landtag gegen die Stimmen der LINKEN beschlossene Verwaltungsreform besteht aus zwei Teilen:

- einer **Funktionalreform**
- einer **Kreisgebietsreform**

Die Reihenfolge ist deshalb wichtig, da im Verständnis großer Teile der Bevölkerung oftmals nur der neue Zuschnitt der Landkreise mit der Reform in Verbindung gebracht und diese auf eine Gebietsreform verkürzt wird.

Bei der **Funktionalreform** werden im offiziellen Sprachgebrauch der Staatsregierung „die Aufgaben der Verwaltung des Freistaates Sachsen neu geordnet.“ Dabei sollen umfangreiche Aufgaben auf die Landkreise und kreisfreien Städte sowie den Kommunalen Sozialverband übertragen werden. Jene Aufgaben, die beim Freistaat Sachsen selbst verbleiben, sollen „in möglichst wenigen Behörden gebündelt und konzentriert“ werden.

Soweit die Theorie. Die Praxis sieht aber anders aus. Gut in Erinnerung dürfte die Mausechlei um den Erhalt der Regierungs-

präsidien (RP) überhaupt und des Leipziger RP im besonderen sein. Vieles wurde im Interesse der Regierungsparteien und einflussreicher Lobbyverbände verwässert oder am gesunden Menschenverstand vorbei konzipiert, wie z.B. die ursprünglich vorgesehene Auflösung des Staatsbetriebes „Sachsenforst“ (darauf geht Elke Altmann in ihrem Beitrag ausführlich ein).

Die **Kreisgebietsreform** machte sich aus der Sicht der Staatsregierung erforderlich, weil „durch die Funktionalreform umfangreiche Aufgaben auf die Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte übertragen werden“, wodurch auch dauerhaft angemessene Verwaltungsstrukturen geschaffen werden müssen. Die territoriale Neugliederung des Freistaates Sachsen führte zu nur noch zehn Landkreisen (bisher 22) und zu drei kreisfreien Städten (bisher sieben). Die Einwohnerzahl der Landkreise liegt zwischen 219.000 in Nordsachsen und 393.000 im Erzgebirgskreis.

Ausgerechnet unser neuer Landkreis Mittelsachsen erweist sich als ein besonderer Problemfall. Wie soll sich die Bevölkerung mit einem geografischen Gebilde identifizieren, welches im Westen an Thüringen und im Südosten an Böhmen grenzt? Hinzu kommt, dass der Landkreis Döbeln aus der Verantwortung des RP Leipzig herausgelöst wird.

Welche wesentlichen Konsequenzen ergeben sich ab 01.08. 2008 für den neuen Landkreis Mittelsachsen?

Zuallererst ein **neuer Kreistag**. Dieser soll am 08. Juni gewählt werden und wird nach Lage der Dinge 98 Abgeordnete umfassen, welche sich in 14 Wahlkreisen dem Votum des Wählers stellen werden (dabei entfallen auf den Landkreis Döbeln drei, auf den Landkreis Freiberg sechs und auf den Landkreis Mittweida fünf Wahlkreise).

Dann wird ein **neuer Landrat** gewählt. Man braucht kein Prophet zu sein, wenn man davon ausgeht, dass die CDU trotz aller Skandale und Skandälchen im Lande dabei die besten Karten hat. Völlig überraschend hat der Mittweidaer Landrat Andreas Schramm, der sich gern als „Herr Professor“ titulieren lässt, mit fadenscheinigen Argumenten die Fahne eingezogen - keiner weiß so recht, was sich hinter den Kulissen ereignet hat. Ihren Hut in den Ring geworfen haben bereits der Döbelner und Freiburger Landrat Manfred Graetz bzw. Volker Uhlig, welcher erst vor kurzem den Weg von einem unabhängigen Wählerbündnis zur CDU gefunden hat - natürlich hat der wackere Landrat dabei eher an seine schon immer latent vorhandene christliche

Gesinnung als an eine Karriere gedacht. Auch die LINKE wird zu gegebener Zeit ihre Kandidaten für den Landratsposten präsentieren.

Was soll sich nach Auffassung der drei Landratsämter Döbeln, Freiberg und Mittweida sonst noch tun?

Wenn den schönen Worten immer Taten folgen würden, könnte man sich beruhigt zurücklehnen, denn die Botschaft lautet: „Bürgernähe wird weiter“. Worte, die beispielsweise den Flöhaern aus dem Jahre 1994 noch in den Ohren klingen, als sie zu Freiberg kamen. Was ist heute von der Bürgernähe übrig geblieben? Nichts!

Bei der Verkündung des neuen Standortkonzeptes des künftigen Landkreises Mittelsachsen, so die Argumentation, ändere



Die wunderschöne historische Postmeilensäule am Mittweidaer Markt

sich praktisch nichts. Für KfZ-Zulassungsstelle, Verkehrsbehörde sowie Jugend- und Gesundheitsamt werde es in allen Altkreisen Anlaufstellen geben. Auch die ARGEN (Arbeitsgemeinschaften zur Betreuung Langzeitarbeitsloser) blieben neben Freiberg auch in Mittweida, Hainichen und Rochlitz erhalten. Wie sich Döbeln als so genannter optierender Landkreis einordnet, ist noch unklar.

Durch die Kreisreform würden dem zukünftigen Landratsamt in Freiberg sowie den Außenstellen in Döbeln und Mittweida sogar mehr Bedienstete zur Verfügung stehen als derzeit. Vom Freistaat werden im Rahmen der Funktionalreform 470 Mit-

Die vom Landtag beschlossene Kreisgebiets- und Verwaltungsreform und ihre Konsequenzen

arbeiter nach Mittelsachsen kommen. So seien dann in Freiberg 650 (heute 405), in Döbeln 400 (heute 311) und in Mittweida 580 (heute 451) Mitarbeiter tätig.

Die Zentralisierungen betreffen im Landratsamt in Freiberg Personal- und Hauptamt, Büro des Kreistages, Kämmerei, Pressestelle und Gleichstellungsbeauftragte. In der Außenstelle Döbeln werde der Bereich Landwirtschaft und Umwelt und in der Außenstelle Mittweida die Bereiche Soziales und Lebensmittelüberwachung konzentriert. In einzelnen Bereichen könne es auch weiterhin Außenstellen geben. Die Landwirtschaftsschule bleibe in Zug (Landkreis Freiberg). Betont wurde auch, dass in den drei Landratsämtern alle Lehrlinge übernommen würden.

Womit endet diese Betrachtung: Mit dem Stoßseufzer „Der Worte hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!“ Hieraus wird deutlich, wie wichtig eine starke linke Kreistagsfraktion ist, aus dem Vehikel „neue Verwaltungsreform“ das Beste zu machen, was im ureigensten Interesse der Menschen möglich ist. (hw)

Die „Mutter aller Reformen“ gerät zum Trauerspiel

von Elke Altmann, MdL

Am 22. und 23. Januar diesen Jahres war es so weit. Der Sächsische Landtag beriet abschließend über die „Mutter aller Reformen“ - die sächsische Verwaltungs-, Funktional- und Landkreisreform! Aber schon diese zwei Beratungstag musste die Opposition sich erkämpfen. CDU und SPD wollten dieses, wie sie selber immer wieder getönt hatten, „Größte Reformvorhaben aller Zeiten“ an einem Tag durchpeitschen. Was sich dann an diesen beiden Tagen abspielte war bei weitem keine Sternstunde für Sachsen, sondern eher ein Trauerspiel. Am ersten Tag ging es um die Kommunalisierung großer Teile der sächsischen Verwaltung. Der größte Teil der Aufgaben die von der Staatsregierung auf die Landkreise delegiert werden soll betrifft die Umwelt- und Landwirtschaftsverwaltung. Gegen alle Empfehlungen und Warnungen von Experten, auch aus anderen Bundesländern, soll der konzentrierte Sachverstand der Umweltverwaltung auf die Landkreise auf gesplittert werden. Sogar der Umweltpolitische Sprecher der CDU-Fraktion Prof. Mannsfeld hatte sich im Vorfeld gemeinsam mit uns dafür eingesetzt, die

Umweltverwaltung bei den fünf Regionalen Planungsverbänden anzusiedeln. Alles umsonst, er durfte in der entscheidenden Debatte im Landtag, am 22. Januar noch nicht mal reden. Die Umweltverwaltung wurde gegen alle Vernunft den künftigen Landkreiszuschnitte akzeptieren. Bei der Land- und Forstverwaltung war die Kommunalisierung des Staatsbetriebes Sachsenforst besonders umstritten. Nicht zuletzt deshalb, weil er erst vor zwei Jahren durch eine umfassende Reform aus der klassischen

„Was sich an diesen beiden Tagen abspielte, war bei weitem keine Sternstunde für Sachsen“

Forstverwaltung entstanden war. Damit waren hier schon alle Ziele, wie Erhöhung der Effektivität, ortsnahe Gestaltung sowie Zukunftsfähigkeit der Verwaltung, erreicht, welche die aktuelle Reform vorgibt. Und der Staatsbetrieb funktioniert und bewirtschaftet den Wald oder berät private und kommunale Waldbesitzer so, dass der

sen gegeben. Unser Änderungsantrag den Staatsbetriebes Sachsenforst so zu lassen wie er ist, wurde von den Koalitionsfraktionen gegen den geballten Sachverstand abgelehnt. So endete am Dienstagabend der erste Akt des Trauerspiels.

Am Mittwoch ging es um die neuen Zuschnitte der Landkreise. Und was hier passierte, hätte ich trotz allem was ich in neun Jahren Landtag mit Regierungsparteien erlebt habe, nicht für möglich gehalten. Es war einfach nur peinlich! Zu allen umstrittenen künftigen Kreisstädten gab es Änderungsanträge von den jeweiligen regionalen CDU-Abgeordneten. Alle waren gut begründet und leidenschaftlich vorgebracht. Mindestens Grimma statt Borna als Kreisstadt hätte die Chance auf eine Mehrheit gehabt, wenn alle Abgeordneten, die es auch so sehen, nach ihrem Gewissen gestimmt hätten. Aber weit gefehlt! Etwa zehn Abgeordnete der CDU verließen vor der Abstimmung den Saal oder waren erst gar nicht anwesend. So wurden die



Der historische Freiburger Untermarkt mit dem Dom

sächsische Wald seiner Schutz-, Nut- und Erholungsfunktion gerecht werden kann. Ob das bei einer Aufteilung der Aufgaben auf die Landkreise auch noch möglich ist, bezweifelt nicht nur DIE LINKE. In einer Anhörung sowie in zahllosen Stellungnahmen warnten Vertreter der Forst- und Holzwirtschaft, der Privat- und Kommunalwaldbesitzer, von Gewerkschaften, Wissenschaftler und Personalvertreter übereinstimmend davor, schon nach zwei Jahren funktionierende Strukturen ohne Not zu zerschlagen. Hier hat der hartnäckige außerparlamentarische Widerstand wenigstens zum Teil Erfolg gehabt. Es werden „nur noch“ die hoheitlichen Aufgaben zu den Landkrei-

reden der regionalen CDU-Abgeordneten zu reinen Showauftritten, um zuhause das Gesicht zu wahren. So was nenne ich Irreführung der Wähler.

Zum künftigen Landkreis Mittelsachsen gab eine Debatte über den Sinn oder Unsinn, dass der Nochlandkreis Döbeln dazugehört. Diese wurde aber lange nicht so leidenschaftlich geführt. DIE LINKE würde die Regierungspräsidien (dann Regierungsbezirke), wegen fehlender demokratischer Legitimation, lieber heute als morgen abschaffen. Darum ist es für uns auch nicht die Frage, ob damit der Regierungsbezirk Leipzig geschwächt wird oder nicht. Die ausgewogene Entwicklung aller Landestei-

Die vom Landtag beschlossene Kreisgebiets- und Verwaltungsreform und ihre Konsequenzen

le lässt sich kaum über Verwaltungseinheiten beeinflussen sondern viel eher über die Regionalen Planungsverbände, in denen die Kommunen vertreten sind.

All unsere Änderungsanträge wurden auch an diesem Tag abgelehnt. Wir wollten, dass die künftigen Kreistage sowohl Kreisname als auch Kreissitz selber bestimmen können. Denn Kreissitz durch Bürgerentscheid. Weiterhin wollten wir in den künftigen Kreistagen keine Bürgermeister und es sollte zwingend hauptamtliche Gleichstellungs-, Kinder-, Senioren-, Behinderten- und Ausländerbeauftragte in den neuen viel größeren Landkreisen geben.

Wahlkreiseinteilung für das Gebiet des Landkreises Döbeln

Wahlkreis 1: (22.021 Ew.)	Döbeln Ebersbach
Wahlkreis 2: (20.276 Ew.)	Ostrau Zschaitz-Ottewig Großweitzschen Mochau Roßwein Niederstrigis
Wahlkreis 3: (28.866 Ew.)	Hartha Waldheim Ziegra-Knobelsdorf Leisnig Bockelwitz

Ergänzend zur Wahlkreiseinteilung in den Landkreisen Freiberg und Mittweida, die wir in der Januar-Ausgabe veröffentlicht haben, noch folgende Hinweise:

Im neuen Kreis Mittelsachsen werden also **insgesamt 14 Wahlkreise** gebildet (drei im Landkreis Döbeln, sechs im Landkreis Freiberg, fünf im Landkreis Mittweida). Zum Stichtag 30. Juni 2007 hatten die drei Landkreise folgende Einwohnerzahlen:

- Döbeln: 71.163
- Freiberg: 142.592
- Mittweida: 128.702

Die **durchschnittliche Einwohnerzahl** pro Wahlkreis beträgt in Mittelsachsen **24.461**. Damit müssen die Wahlkreise mindestens 18.346 und dürfen maximal 30.576 Einwohner haben (+/- 25 % zum Durchschnitt). Größter Wahlkreis ist der Wahlkreis 3 im Landkreis Mittweida mit 30.355 Einwohnern, kleinster Wahlkreis ist der Wahlkreis 2 in Döbeln (siehe oben). Der neue Kreistag wird auf der Grundlage der angegebenen Einwohnerzahl wahr-

scheinlich 98 Kreisräte umfassen, d.h., in jedem Wahlkreis können sieben Abgeordnete gewählt werden. Ziel der LINKEN muss es demzufolge sein, in allen Wahlkreisen möglichst viele Kandidaten aufzustellen.

Die entsprechenden Entscheidungen hat eine VertreterInnen-Versammlung am 05. April zu treffen. Dort sollen die Kandidaten und deren Reihenfolge in den 14 Wahlkreisen bestimmt werden.

Am 08. Juni werden neben den Wahlen zum neuen Kreistag auch der Landrat und die Mehrzahl der Bürgermeister neu gewählt.

Es versteht sich von selbst, dass gegenwärtig intensive Gespräche geführt werden, um als LINKE gut aufgestellt in den Wahlmarathon zu gehen (nächstes Jahr geht es mit den Bundestags- und Landtagswahlen weiter).

Wir werden die April- und Maiausgabe der „LinksWorte“ nutzen, um möglichst viele Kandidatinnen und Kandidaten der LINKEN für die Posten des Landrates, von Bürgermeistern und Kreisräten vorzustellen.

Erste beiden Bürgermeister-Kandidaten der LINKEN in Mittelsachsen benannt

In Mittelsachsen sind durch die Genossinnen und Genossen ihrer Stadt bisher zwei Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters benannt worden: der Rechtsanwalt Thomas Mittelstädt in Freiberg am 19. Januar und der Werbeberater Dieter Kunadt in Leisnig (Landkreis Döbeln) am 29. Januar.

Dem Bürgermeister-Kandidaten **Dieter Kunadt** widmete die „Döbelner Allgemeine Zeitung“ sogar ein ausführliches Interview in ihrer Leisniger Regionalausgabe, in welchem er seine Zielstellungen als linker Bürgermeister faktenreich darlegen konnte. Auf der Mitgliederversammlung zur Aufstellung des Bürgermeister-Kandidaten erhielt Kunadt übrigens 100% der Stimmen.



Dieter Kunadt (zweiter von rechts) während einer Beratung des Regionalvorstandes

Thomas Mittelstädt soll an die Freiburger Rathauspitze

von Richard Thum, Freiberg

Zur Mitgliederversammlung am 19. Januar 2008 im Freiburger Hotel Regentbogenhaus versammelten sich die Freiburger Mitglieder der LINKEN um ihren



Thomas Mittelstädt während seiner Vorstellung auf der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Freiberg

Kandidaten für die auch in Freiberg anstehende Wahl zum Oberbürgermeister ins Rennen zu schicken. Mit übergroßer Mehrheit sprachen sie sich dabei für den Freiburger Rechtsanwalt Thomas Mittelstädt aus. Dieser ist Regionalvorstandsmitglied der LINKEN und betreibt seit 2002 seine eigene Rechtsanwaltskanzlei in Freiberg. Mit seinen 35 Jahren Lebenserfahrungen zieht er als jüngster der vier Kandidaten in den Kampf um das Amt an der Freiburger Rathauspitze. Ein besonders Augenmerk legt der linke OB-Kandidat Mittelstädt auf die sozial schwachen Bürger, so müssen Wohnraum und die Grundversorgung mit Strom, Wasser und Wärme bezahlbar bleiben, wie es Mittelstädt in seiner Vorstellung betonte. Aber auch der Nahverkehr muss sozial und attraktiv gestaltet werden. Darüber hinaus sieht er als weiteren wichtigen Aspekt eine engere Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung, Stadtrat und TU Bergakademie sowie die weitere Ansiedlung von Gewerbe und somit Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Ortsverbände der LINKEN vorgestellt: heute Döbeln (Landkreis Döbeln)

von Kerstin Saupe
Vorsitzende des Ortsverbandes

Unseren Ortverband Döbeln und Umgebung gründeten wir im Mai 2005. Bis zu diesem Zeitpunkt existierten in Döbeln noch 8 Basisgruppen (dem Kreisverband unterstellt), deren aktive politische Arbeit immer mehr nach liles, da eine direkte Führung im Großen und Ganzen fehlte. Die etwa 100 Genossinnen und Genossen entschlossen sich für einen gemeinsamen Ortsvorstand. Der Ortsvorstand besteht seit dieser Zeit aus 6 Genossinnen und Genossen, unter dem Vorsitz von Kerstin Saupe. Gemeinsam versuchten wir, die etwas eingeschlafene Parteiarbeit in Döbeln wieder aufzunehmen und Genossinnen, Genossen und Mitstreiter für unsere Arbeit zu gewinnen. Der Altersdurchschnitt unseres Ortsverbandes ist sehr hoch (67 Jahre). Daher ist es nicht zu verdenken, dass unsere Mitgliederzahl leider weiter schrumpft. Zum jetzigen Zeitpunkt sind wir 83 Genossinnen und Genossen. Mit der Mitgliederneugewinnung geht es auch nicht so leicht voran. Alle Ortsvorstandsmitglieder sind in verschiedenen Kremlen involviert. So sind 3 Kreisräte auch Vorstandsmitglieder. Unser Ortverband pflegt eine gute und enge Zusammenarbeit mit dem Kreisvor-

räten und auch Kreisräten zusammen zu arbeiten.

In der Stadt Döbeln haben wir (Die Linke) die zweit stärkste Stadtratsfraktion. Zur letzten Kommunalwahl 2004 hat unsere Partei 18% der Wählerstimmen für sich verbuchen können. Das gab den Ausschlag für die Besetzung des ehrenamtlichen 2. Bürgermeisters mit unserem Genossen Werner Busch. Es brachte uns den Vorsitz im Ausschuss Kultur – Sport und Städtepartnerschaften ein, den Genossin Jana Radtke innehat. Die Stadträte unserer Fraktion sind alle samt sehr erfahrene Kommunalpolitiker, wie unser Fraktionsvorsitzender, Siegfried Thomas, der sich seit 1990 im Namen unserer Partei für die Belange unserer Bürger einsetzt. Wir, der Ortsvorstand, treffen uns jeden 1. Dienstag im Monat in der Kreisgeschäftsstelle Döbeln zu unserer Zusammenkunft und beraten da unsere Aktivitäten. Immer Anfang des Jahres stellen wir uns einen Jahresplan auf, der zirka 2 – 3 Vollversammlungen, Podiumsgespräche, aber auch die Ehrung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg nicht außer Acht lässt. Am 19.01.08 ehrten etwa 25 Genossinnen und Genossen die revolutionären Führer der Arbeiterklasse. In Gesprächen mit Mitgliedern des „Treib-

Stichwort: Döbeln

(Noch).Kreisstadt in einem weiten Talkessel der Freiburger Mulde. Der zentrale Teil liegt auf einer Muldeninsel.

Zur Stadt gehören insgesamt 14 Dörfer der Umgebung.

20.939 Einwohner (per 30. Juni 2007)

Etwa 160 Meter über NN

Wichtiger Eisenbahnknoten (Keilbahnhof); günstige Lage zu den Autobahnen A14 und A 4 über die Anschlussstellen Döbeln Nord und Döbeln Ost bzw. Hainichen.

Entstanden nach 1200 im Schutze einer bereits 981 urkundlich erwähnter Burg. Vermutlich um 1220 zur Stadt erhoben. Kriegerische Auseinandersetzungen im Siebenjährigen Krieg.

Industrielle Entwicklung besonders durch die Tuchmacherei und die Zigarrenfabrikation.

Touristisch bekannt als Stiefelstadt, durch die historische Innenstadt, das Stadttheater und die historische Pferdebahn.

Schwere Schäden in der historischen Innenstadt durch das Hochwasser 2002.



Der Ortsvorstand Döbeln und Umgebung: Werner Busch, Kerstin Saupe, Hartmut Fromm, Manfred Nestler, Volkmar Richter (v.l.n.r.)

stand Döbeln. Als Vorsitzende bin ich im Kreisvorstand Döbeln kooptiert und kann Belange mitberaten und Entscheidungen bewirken. Des Weiteren ist es uns, als Ortsvorstand, sehr wichtig mit unseren Stadt-

haus e.V.“ versuchen wir mehr junge Leute für unsere parteipolitische Arbeit zu gewinnen. Wir bemühen uns sie zu unterstützen bei ihrem Vorhaben ein „Haus der Demokratie“ zu kaufen. Durch großzügige Spen-

den einiger unserer Genossen, war es uns möglich ihnen auch finanziell etwas unter die Arme zu greifen. Der Kauf des Hauses wird im Februar diesen Jahres sein.

Als besonderen Schwerpunkt unserer Stadt sehen wir den drohenden Verkauf der Döbelner Wohnungsbau- und Verwaltungsgesellschaft mbH. Die Stadträte und wir wollen den Verkauf von kommunalem Eigentum verhindern. Wir erbatn uns auch Hilfe von Landesverband und erhielten Unterstützung von Heiko Hilker und Rene Fröhlich. Die Sache ist noch nicht vom Tisch und wir kämpfen weiter.

Um unsere parteipolitische Arbeit auch unseren älteren Genossinnen und Genossen nahe zu bringen ist es bei uns zu einer guten Tradition geworden, das Zeitungen, Flyer und Rundschreiben von den Ortsvorstandsmitgliedern persönlich ausgetragen werden. Es erhält die persönliche Bindung und schont unser finanzielles Bukett.

Der Kreisvorstand Döbeln organisierte regelmäßig Info – Stände und Veranstaltung (Lothar Bisky in Herbst), wo wir uns mit einbrachten. Auch künftig werden wir den neuen Regionalverband unterstützen und unsere Ideen einbringen. Wir hoffen unser Büro bleibt weiter erhalten, um die bürgernahe Arbeit weiter zu verbessern. Denn wir sind der größte Ortsverband im Kreis Döbeln.

Das deutsche Gesundheitswesen ist krank

von unserem Redaktionsmitglied
Dr. Michael Matthes

Man muss nicht lange im persönlichen Umfeld suchen, um Anzeichen des Niederganges des deutschen Gesundheitswesens zu finden. Fangen wir mal mit einem persönlichen und für mich gravierenden Erlebnis an. Am 10. Dezember 2004 wurde bei einer regelmäßigen Vorbeugeuntersuchung an meiner rechten Niere eine noch kleine Krebsgeschwulst entdeckt, die am 15. Dezember schon entfernt wurde. Dadurch konnte ich geheilt werden. Viel persönliches Glück. Zu verdanken habe ich das den Chefärzten zweier renommierter Krankenhäuser, die ich auf Grund dessen, das ich Mitglied einer Privaten Krankenversicherung bin, als Ärzte in Anspruch nehmen kann. Der gesetzlich krankenversicherte Normalbürger kann das nicht.

Als gesetzlich krankenversicherter Bürger hätte ich mir bei meinem niedergelassenen Arzt, sofern ich noch einen habe, einen Termin holen müssen. Im August 2007 wurden Terminnachfragen beim Augenarzt in Freiberg mit folgender Antwort beschieden: „Kommen Sie nach dem 7. Oktober wieder, dann vergeben wir Termine für das nächste Jahr.“ Unter diesen Umständen wäre ich erst zum Arzt gegangen, wenn ich Beschwerden gehabt hätte. Ehe dann beim Facharzt oder nacheinander mehreren Fachärzten mit neuerlichen Terminanmeldungen festgestellt worden wäre, dass die Ursache der Beschwerden eine Krebsgeschwulst ist, wäre ein Krankheitsstadium erreicht gewesen, dass eine Heilung ausschließt. Den Artikel hätte ich mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nicht mehr schreiben können. So sieht Zwei-Klassen-Medizin aus.

Ich will es dabei bewenden lassen. Die gelieferte Beschreibung ließe sich um viele Kapitel erweitern. Wieso kommt es zu solchen Zuständen? Gewiss nicht aus Gründen, die bei den niedergelassenen Ärzten zu suchen sind. Das kann ich mit Fug und Recht aus der Kenntnis der Dinge aus nächster Nähe bestätigen. Zunächst ist es so, dass ein niedergelassener Arzt ein Unternehmer ist, der die Aufwendungen für die Ausstattung der Praxis und die Kosten für den laufenden Betrieb der Praxis vorzuschießen hat. Aus dem Entgelt für seine Leistungen bestreitet er dann seine Aufwendungen und seine eigenen Entlohnung. Das würde alles aufgehen, wenn der Arzt die von ihm erbrachten Leistungen vollständig entlohnt bekäme. Dem ist aber nicht so.

Jedem niedergelassenen Arzt wird in einer von Bundesland zu Bundesland verschiede-

nen Form eine Begrenzung der abrechenbaren Entgelte vorgegeben. Überschreitet er diese Ausgabengrenze erhält er von Krankenkassen keine weitere Vergütung. Überschreitet er sein Budget an Medikamenten, die er seinen Patienten verschreibt, muss er diese Aufwendungen den Kassen zurückzahlen. In der Presse wurde von einer Augenärztin, die sich im Landkreis Annaberg niedergelassen hat, berichtet, die bereits nach den ersten beiden Monaten eines Quartales die Ausgabengrenze erreicht hat, und deshalb die Betreuung der Patienten im dritten Monat einstellen muss oder die Patienten auf eigene Kosten behandeln müsste. Da aber die Kosten der Praxis auch im dritten Monat des Quartals weiterlaufen und die Zinsen und die Tilgung für die Kredite der neu eingerichteten Praxis anfallen, müsste sie Insolvenz anmelden. Um dem zu entgehen, ist diese Augenärztin dazu übergegangen, den Patienten Rechnungen auszustellen und diese sofort abzukassieren. Die Patienten sind dann gezwungen, sich das Geld von ihrer Kasse wiederzuholen,



Nicht alles im deutschen Gesundheitswesen ist so nett und freundlich, wie man es bei diesem Bild vermuten könnte

was höchstwahrscheinlich nicht möglich sein wird. Die Ärztin brachte in dem Presseartikel zum Ausdruck: „Wenn das Verfahren nicht funktioniert, muss ich meine Praxis schließen, und ich gehe ins Ausland.“ Das alles kommt dem Bürger ziemlich schleierhaft vor. Schließlich bezahlt er seine Sozialbeiträge und sein Arbeitgeber nochmals den gleichen Betrag. Dann werden ihm beim Arztbesuch und auch beim Zahnarzt jeweils pro Quartal zehn Euro abverlangt, die irreführend als Praxisgebühr bezeichnet wird. Der Arzt ist aber nur der Kassierer. Das Geld des Patienten wird an die Kran-

kenkassen abgeführt. Für Medikamente muss er zuzahlen. Beim Zahnarzt wird ihm nur eine Grundversorgung zuteil. Will der Patient etwas Anspruchsvolleres, sind Sonderzahlungen erforderlich usw. und so fort. Der Bürger fühlt sich hilflos und verschaukelt. Und die Ärztinnen und Ärzte sehen sich in ihrem Beruf in jeder Beziehung eingeschränkt. Die Situation ist verfahren. Jede „Gesundheitsreform“ der Ministerin Ulla Schmidt hat die Zustände verschlechtert. Der hoffungsloseste Patient ist das deutsche Gesundheitswesen selbst. Es hilft absolut nichts, an den Stellschrauben hier ein bisschen auf- und dort ein bisschen zuzudrehen. Analysiert man, was sich im Hintergrund im Gesundheitswesen in den stillen Ecken des Lobbyismus abspielt, dann stößt man darauf, dass die jetzt noch selbstständigen niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte dazu genötigt werden sollen, ihre Praxen aufzugeben, und dass die in den Ruhestand tretenden für ihre Praxen keine Nachfolger finden. Auch im ambulanten Bereich soll das Gesundheitswesen sturmreif für die Privatisierung geschossen werden. (Wer dazu eine detaillierte Analyse lesen möchte, wende sich an gum.matthes@t-online.de) Dann findet der gleiche Vorgang statt, wie er schon in den privatisierten und teilprivatisierten Krankenhäusern zu betrachten ist. Dort wird brutal auf die Entlohnung gedrückt, indem den Beschäftigten Haustarifverträge aufgedrückt werden, indem deutsche Ärzte durch unterbezahlte aus zumeist Osteuropa ersetzt werden. Darüber hinaus wird die Anzahl der Arbeitsplätze besonders beim Pflegepersonal minimiert. Und dann liest man von Milliardengewinnen, die die vorher im Kommunalbesitz befindlichen, defizitären Krankenhäuser plötzlich abwerfen. Dem Bürger drohen durch ein privatisiertes und monopolisiertes Gesundheitswesen (In den Gesundheitsmarkt teilen sich vier Ketten: Sana, Rhönkliniken, Asklepios und Fresenius) Zustände wie auf dem Energiemarkt. Ihm werden die Kosten diktiert. Ein Ausweg bietet sich nur an, wenn andere Grundstrukturen geschaffen werden und ein schrittweiser Übergang dahin stattfindet. Keine der politischen Parteien bietet hierzu Konzepte an. Wenn sich DieLinke tatsächlich der sozialen Gerechtigkeit in der Gesellschaft verpflichtet fühlte, muss sie sich schnellstens zum Sachwalter der Bürger auf dem Gesundheitssektor machen. Machen wir es zum Thema der Kommunalwahlen und Landtagswahlen! Der Wähler erwartet aber von uns Lösungen und keine Absichtserklärungen. Unsere Verantwortung beginnt vor Ort im Landkreis Mittelsachsen.

Zur Weiterführung der Programmdiskussion im Regionalverband

Dieser Ausgabe der „LinksWorte“ liegt der Entwurf „Unser Programm für Mittelsachsen“ bei. Damit wird ein vorläufiger Schlusstrich unter einen quälenden Prozess gezogen, mit dem sich die drei Kreisverbände Döbeln, Freiberg und

der „LinksWorte“ gingen Wortmeldungen ein, so von Gertraude Petersen aus Hartha (sie ist Mitglied des Kreisvorstandes) und von Volker Holuscha aus Flöha. Wir haben diese an die Programmgruppe weitergeleitet.

Wie soll es nun weitergehen? Alle Leser der „LinksWorte“, die Ortsverbände und Basisgruppen der LINKEN sind aufgerufen, sich zum „Programm für Mittelsachsen“ zu äußern. Am meisten ist die Pro-

LINKEN in Döbeln, Freiberg oder Mittweida eingehen. Die Programmgruppe wird dem Regionalparteitag am 05. April den überarbeiteten Entwurf zur Beschlussfassung vorlegen.

Barbara Höll zu Gast bei Bürgerforum in Freiberg

Leider war das Bürgerforum mit Dr. Barbara Höll, Mitglied der Fraktion der LINKEN im Bundestag, in der neuen Geschäftsstelle der LINKEN in Freiberg nur sehr bescheiden besucht. Man könnte sich mit dem Spruch: „Klein, aber fein“ trösten. Aber man sollte es auch einordnen in den allgemeinen Politikverdross, der dieses Land beherrscht.

Ausführlich stellte Barbara Höll ihre Arbeit als Leiterin des Arbeitskreises Wirtschaft, Arbeit und Finanzen und stellvertretende Bundestags-Fraktionsvorsitzende dar. Detailliert analysierte sie das Gesetz zur Reform der Erbschaftssteuer, die Folgen der am 01.01.2009 in Kraft tretenden Abgeltungssteuer und weitere aktuelle steuerpolitische Fragen.

Volker Holuscha tritt in Flöha an

Die LINKE in Mittelsachsen dürfte nach Freiberg und Leisnig bald einen dritten Bürgermeister-Kandidaten in Flöha haben. Volker Holuscha, ein aktiver Mitstreiter in der Volkssolidarität und von Beruf Bäcker, wird in der Stadt am Zusammenfluss von Flöha



Barbara Höll auf dem Bürgerforum in Freiberg

Mittweida programmatisch Schritt für Schritt einander annäherten. Lange Zeit bestimmten nicht inhaltliche, sondern rein organisatorische Fragen die Diskussion in der Koordinierungsgruppe. Ein gewisser Konsens wurde zum „Programm-Workshop“ in Döbeln im Juli vergangenen Jahres gefunden. Das Ergebnis waren die „Kommunalpolitischen Leitlinien“, welche dem Gründungsparteitag in der „Räuber-schänke“ vorgelegt wurden und bei den Delegierten mit Pauken und Trompeten durchfielen.

Dann ruhte der See einige Wochen still vor sich hin. Es schien, dass sich die Matadoren nach den Mühen des Gründungsparteitags erst einmal auf den Lorbeeren ausruhen wollten. Der vorläufige Tiefpunkt: Auf den in der Dezemberausgabe der „LinksWorte“ veröffentlichten Aufruf zur Weiterführung der Programmdiskussion gab es keinerlei Reaktion. Die „LinksWorte“ reagierten darauf mit einem bissigen Kommentar.

Inzwischen hat sich einiges getan. Die vom Regionalvorstand berufene Programmgruppe hat zweimal getagt. Im Ergebnis liegt nunmehr ein „Programm für Mittelsachsen“ vor. Auch in der Redaktion

programmgruppe natürlich an ganz konkreten Ergänzungs- (dabei bitte mit vorschlagen, was dafür entbehrlich ist; das Programm-



Volker Holuscha (rechts) im Gespräch mit seinem Flöhaer Fraktionskollegen Dieter Grunert

soll nicht umfangreicher werden) oder Veränderungsvorschlägen interessiert. **Vorschläge und Hinweise sollten bis spätestens Grün-Donnerstag, dem 20. März, in den Geschäftsstellen der**

und Zschopau seinen Hut in den Ring werfen. Am 28. März werden ihn - das scheint sicher - seine Genossinnen und Genossen aus Flöha das Vertrauen aussprechen.

Der Stadtrat von Mittweida lehnte den 4. Antifaratschlag am 26. Januar 2008 ab

von Mandy Heintzig, Freiberg

Der Mittweidaer Stadtrat begründet die Ablehnung des Antifaratschlages mit der Behauptung: „Die Veranstaltung ist eine Gefahr, da dadurch die Situation in Mittweida eskalieren könnte und die daraus resultierende Medienberichterstattung mit negativer Außenwirkung zunimmt.“ Der Bürgermeister Herr Damm bestreitet das „rechte Übergriffe an der Tagesordnung sind“. Besonders Sorgen macht ihm ein angekündigter Workshop mit folgendem Inhalt: „Was tun wenn's brennt? Was ist bei der Anmeldung von Demonstrationen zu beachten? Welche

die Gefolgsleute zurückhalten, aber sie sind präsent, das Gedankengut ist präsent. Und da die Mitglieder und Sympathisanten aus der „Mitte der Gesellschaft“ kommen ist die Gefahr immer noch real, auch ohne Anschläge. Bei einem Vortrag mit dem Zeitzeugen Adolf Burger in einem Gymnasium des Kreises Mittweida bestätigten uns Lehrer, dass zurzeit eine neue Rekrutierungsmaßnahme der Neonazis im Gang ist. Unsere Angebote, Power-Point-Präsentationen über Vernichtungslager, Zeitzeugengespräche und anderes, hat der Direktor des Gymnasiums Mittweida abgelehnt. Sie würden von Angeboten überschüttet werden. Da stellt sich für uns die Frage, wo sind die Ergebnisse? Wie wir den „Sturm 34“ persönlich erlebt haben werden wir nun noch einmal schildern:

Die Stadtverwaltung Mittweida hat am 29.09. einen Projekttag „Weltoffenes Mittweida“ veranstaltet. In einem Rah-

der Horror. Die Nazis waren da, ganz offen. Grinsend, die Veranstaltungen auslachend, die Bierbecher in der Hand. Und vor allem geduldet von den Veranstaltern. „Sind doch nur dumme Jungs“, war die vorhersehende Meinung. Selbst nach einer der Neonazis sich in die NO-NPD Liste mit dem Namen Hitler eintrug und als Tätigkeit „Ausländerjäger“ angab, änderte sich nichts. Selbst ein Polizeibeamter tat es als Dummheit ab. Ich möchte daran erinnern, gegen 26 Mitgliedern des „Sturms 34“ wird ermittelt, der Staatsschutz geht von 50 Mitgliedern und 100 Sympathisanten aus!

Von einem Herrn Damm und CDU-Stadträten haben wir nichts anderes erwartet. Das aber auch ein Stadtrat der Partei DIE LINKE. die Absage unterschrieben haben soll, halten wir für ein Skandal!

An die Stadträte von Mittweida, an den Bürgermeister Herr Damm: Wir haben in den letzten 3 Jahren alle Antifaratschläge besucht, da kommen keine Chaoten. Da kommen links und antifaschistisch eingestellte junge und ältere Menschen zusammen, die sich um die Zukunft hier in Sachsen, aber auch im ganzen Land Gedanken machen! Wir verurteilen die Entscheidung des Stadtrates Mittweida.



Das Rathaus von Mittweida mit den in Stoff gedruckten Appellen gegen Gewalt, für Demokratie, gegen Extremismus und für Menschenwürde. Es stellt sich die Frage, ob man hinter diesen Fenstern auf einem Auge blind ist?

Rechte habe ich im Umgang mit der Polizei und Justiz? Kann mir wirklich nichts passieren, wenn ich nichts getan habe? Die Nazis aus der „Mitte der Gesellschaft“ dürfen bleiben. Sächsische Antifaschisten wird verboten ihre Meinung in Mittweida auszusprechen!

Herr Bürgermeister Damm, wie sieht es in ihrer Stadt wirklich aus? Der „Sturm 34“ ist verboten. Gegen 26 Mitglieder wird ermittelt. Die Prozesse gegen die Anführer schleppen sich, warum auch immer, dahin. Aber der „Sturm 34“ ist in Ihrer Stadt präsent. Es ist allgemein bekannt, dass wenn Anführer im Knast sitzen, sich

menprogramm wurden verschiedene Vorträge und Ausstellungen im Vorfeld veranstaltet. Wir haben uns mit der Karikaturenausstellung „Deutschkunde“ von „fifty-fifty“ beteiligt. Unter anderem sammelten wir am 29.09. Unterschriften für den VVN-Antrag NO-NPD. Die Angebote an diesem Tag waren sehr gemischt. Kulinärisch reisten wir von Italien über Bulgarien nach Griechenland. Stoppten kurz in Russland und über die Mongolei kamen wir auch nach Frankreich. Aber schon in der ersten Podiumsdiskussion lief es aus dem Ruder. Zu viel wurde verniedlicht und verharmlost. Nach einer Stunde begann

Eine redaktionelle Anmerkung zum (fast) gleichen Thema.

Zur Beratung des Regionalvorstandes am 14. Januar ging es u.a. um die Vorstellung linker Projekte aus den ehemaligen Kreisverbänden Döbeln, Freiberg und Mittweida. Aus Mittweida war auch David Rausch, Stadtrat in Geringswalde und sehr aktiv im Jugendverband solid dabei. Er warf die Frage auf, wie sich DIE LINKE zur Antifa positioniert. Nach dem angeregten und anregenden Meinungsaustausch gab es laut Protokoll „auf beiden Seiten Erkenntnisgewinn“.

Der scheint aber nicht von Dauer gewesen zu sein. Denn: Sicherlich beeinflusst auch von der Ablehnung des Antifa-Ratschlages in Mittweida hat sich der Kreisverband Mittweida des „solid“ am 13. Februar in einem offenen Brief, der die Unterschriften aller 47 Mitglieder trägt, zu den Äußerungen des Kreisvorsitzenden Achim Grunke auf jener Vorstands-Sitzung positioniert. Stein des Anstoßes ist für David Rausch und seine Freunde die von Grunke eingeforderte - und nebenbei bemerkt, auch in der Satzung der LINKEN verankerte - abstrichslose Anerkennung des Grundgesetzes. Der Brief gipfelt neben Angeboten zur konstruktiven Zusammenarbeit letztlich in der unmissverständlichen Aufforderung,

Fortsetzung auf Seite - 12 -

Fortsetzung von Seite - 3 -

über das Printmedium hinaus zu verbreiten. Alternative Medien müßten »in Form und Technik der Kommunikation exzellent« sein, um ihre Chancen zu nutzen. An die politische Linke richtete er die Warnung, nicht den Versuchungen des »Sektierertums« zu erliegen. Dieses führe immer wieder zu Akten der Zensur innerhalb der Linken – also dazu, daß man gegeneinander dieselben Mittel der Herrschaft einsetze, die es zu bekämpfen gelte.

Ignacio Ramonet verwies darauf, dass sich in den reichen Industriestaaten die Massenmedien mehrheitlich in Besitz internationaler Konzerne befänden. Früher gern als »vierte Gewalt« bezeichnet, die im Namen der Bevölkerung eine Gegenmacht gegen die Staatsgewalten in Stellung bringe, seien die Medien ins Lager der Herrschaft »übergelaufen« und hätten »die Bürger verraten«. Es gelte, für eine »Ökologie der Informationen« einzutreten – wie heute zunehmend Lebensmittel ohne Schadstoffe verlangt würden, müßten auch von den Medien korrekte und unverfälschte Informationen eingefordert werden. Was an der Konferenz fehlt – allerdings aufgrund der begrenzten Zeit auch schwer realisierbar ist – ist eine Auswertung der Redebeiträge, das Aufgreifen von Vorschlägen daraus und ihre Nivellierung. Die Bewertung bereits vorhandener Versuche, vor allem im Internet. Mich hat besonders die Rede von Aleka Papaniga, Generalsekretärin der KP Griechenlands (KKE) beeindruckt. Sie sprach über die Auseinandersetzung ihrer Partei mit den Fehlern der Vergangenheit. Über die Erfahrungen, die die KKE seit dem Untergang des sozialistischen Lagers gemacht habe und die Diskussion über künftige Strategien. Der Kampf müsse auf der Grundlage genauer politischer Analyse weitergeführt werden. Die Hoffnung, dass sich der Kapitalismus sich mit seinen Exzessen selbst untergrabe und man »zum Zeitalter der französischen Aufklärung zurückkehren« könne, erteilte sie eine entschiedene Absage. Am späten Nachmittage folgte dann die Podiumsdiskussion zum Thema: „Partei für alle? Brauchen wir neben der „Linken“ eine marxistische Organisation?“ Unter der Moderation von Dietmar Koschmieder, junge Welt debattierten die Teilnehmer: Sahra Wagenknecht, Europaabgeordnete / Die Linke, Mitglied im Parteivorstand; Hans Heinz Holz, Philosoph, Tessin; Markus Mohr, Erwerbsloser, Aktivist der autonomen Bewegung, Hamburg und Helmut Laakmann, Sprecher und Motor beim Arbeitskampf im Krupp-Stahlwerk Rheinhausen. Die Diskussion war außerordentlich interessant, verlief teilweise recht kontrovers und regte auf jeden Fall zum Mitdenken an. Allen, die ihre Informationen auch gern mal nicht nur aus dem ND beziehen und ein Forum ganz anders als unsere Mitgliederversammlungen erleben wollen, kann ich den Besuch der nächsten Konferenz nur empfehlen. Es lohnt sich wirklich.

Unsere Jubilare

Unseren Genossinnen und Genossen mit runden und halbrunden Geburtstagen sowie unseren Hochbetagten gratulieren wir ganz herzlich!

In den nächsten Wochen wird aus diesem Anlass gefeiert bei:



Günter Schulze	geb. am	20.02. 1938	in	Lichtenberg
Heinz Koch	geb. am	20.02. 1932	in	Freiberg
Heinz Schweigler	geb. am	21.02. 1925	in	Freiberg
Ruth Kendziora	geb. am	21.02. 1929	in	Hainichen
Ilse Nitzsche	geb. am	21.02. 1921	in	Rochlitz
Hans-Günter Baldauf	geb. am	22.02. 1927	in	Penig
Hans Heinrich	geb. am	25.02. 1920	in	Burgstädt
Erna Jentzsch	geb. am	25.02. 1929	in	Döbeln
Lieselotte Pretzsch	geb. am	27.02. 1924	in	Hainichen
Hildegard Policke	geb. am	27.02. 1921	in	Burgstädt
Ludwig Galiläer	geb. am	28.02. 1933	in	Freiberg
Gerhard Meyer	geb. am	28.02. 1925	in	Roßwein
Gerhard Imhof	geb. am	02.03. 1926	in	Mittweida
Annelies Schlüter	geb. am	03.03. 1928	in	Triebischtal
Siegfried Schaarschmidt	geb. am	04.03. 1925	in	Burgstädt
Herbert Sperling	geb. am	04.03. 1928	in	Waldheim
Marianne Lindner	geb. am	05.03. 1928	in	Rochlitz
Werner Zacharias	geb. am	08.03. 1923	in	Neuhausen/Erzg.
Siegfried Gilat	geb. am	09.03. 1932	in	Erlau
Elli Kögler	geb. am	09.03. 1924	in	Siebenlehn
Fritz Uhlig	geb. am	10.03. 1917	in	Rechenberg-B./Erzg.
Harro Uhlmann	geb. am	10.03. 1923	in	Freiberg
Erika Steyer	geb. am	11.03. 1930	in	Oederan
Annelies Seidler	geb. am	12.03. 1943	in	Rochlitz
Anneliese Ulbricht	geb. am	12.03. 1930	in	Burgstädt
Dietrich Steinbach	geb. am	13.03. 1924	in	Altmittweida
Hildegart Albrecht	geb. am	15.03. 1921	in	Meißen
Siegfried Thomas	geb. am	15.03. 1938	in	Döbeln
Anita Richter	geb. am	16.03. 1929	in	Brand-Erbisdorf
Ilona Junghanns	geb. am	20.03. 1938	in	Augustusburg
Jutta Bochmann	geb. am	20.03. 1933	in	Mulda/Sa.
Reinhard Wilhelm	geb. am	21.03. 1921	in	Altmittweida
Horst Hammer	geb. am	21.03. 1928	in	Wechselburg
Maria Abel	geb. am	23.03. 1922	in	Freiberg
Werner Ulbricht	geb. am	27.03. 1925	in	Oederan
Heinz Tschök	geb. am	28.03. 1920	in	Flöha
Danuta Klug	geb. am	29.03. 1928	in	Brand-Erbisdorf
Waltraud Jurat	geb. am	29.03. 1924	in	Frankenberg
Lotte LeBig	geb. am	30.03. 1923	in	Hainichen
Lisbeth Möller	geb. am	30.03. 1932	in	Freiberg
Brigitte Grund	geb. am	30.03. 1938	in	Döbeln
Käthe Genge	geb. am	31.03. 1919	in	Hainichen
Herbert Haase	geb. am	31.03. 1920	in	Niederwiesa
Hans-Joachim Klöpfer	geb. am	31.03. 1930	in	Freiberg
Heinz Koch	geb. am	31.03. 1922	in	Großhartmannsdorf
Erika Rietzschel	geb. am	31.03. 1938	in	Döbeln

nachträglich gratulieren wir ganz besonders herzlich und bitten unseren Fehler zu entschuldigen:

Eva Jahn	geb. am	30.01. 1938	in	Oederan
Gottfried Schlehahn	geb. am	01.02. 1932	in	Hartha

wichtige termine

Februar 2008

- 21.02. 19:00 Uhr Bürgerforum mit Holger Elias - langjähriger Korrespondent des ND in Brüssel - Erfahrungsbericht und Buchlesung „Das Band aus Elefantenhaaren“.
Geschäftsstelle der LINKEN in Freiberg, Roter Weg 41
- 27.02. 19:00 Uhr Stadtumbau Freiberg - Chancen einer modernen Stadtentwicklung; TU Bergakademie, Senatssaal, Akademiestraße 7

März 2008

- 08.03. 09:30 Uhr Frauentagsfeier in der Clara-Zetkin-Gedenkstätte in Wiederau
- 10.03. 19:00 Uhr Beratung des Regionalvorstandes
Geschäftsstelle der LINKEN in Döbeln
- 19.03. 18:00 Uhr Öffentliche Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Rochlitz mit dem Mitglied des Bundestages Ilja Seifert

Veranstaltungen im Brennpunkt e.V. Brand-Erbisdorf

Donnerstag, 21. Februar; 19:00 Uhr

Vortrag und Diskussion:
Emil-Kusturica-Reihe
„Schwarze Katze-Weißer Kater“
mit Jens-Eberhard Jahn, Freiberg

Montag, 25. Februar; 19:00 Uhr

Vortrag / Reiseeindrücke:
„Meine Reise nach Kambodscha, Laos und Thailand“
mit Uwe Schaarschmidt, Dresden

Mittwoch, 27. Februar; 19:00 Uhr

Vortrag und Diskussion
„Meine Arbeit als Mitglied des BND-Untersuchungsausschusses im Bundestag“
mit MdB Michael Leutert

Veranstaltungen im Treibhaus e.V. Döbeln

Samstag, 23. Februar; 16:00 Uhr

Workshop - Tee
„Kräutertee - flüssige Gesundheit“

**Sonntag, 24. Februar;
10:00 bis 17:00 Uhr**

Kindertag im Cafe Courage

Freitag, 29.02.; 20:00 Uhr

Musik-Kabarett im Cafe Courage
„Häns Dämpf“
mit Markus Vogt

Veranstaltungen im „Mittwochs-Cafe“ in Freiberg

- 27.02. Zum bevorstehenden Frauentag
R. Fritzsche
- 12.03. Basteln für Ostern
B. Hübler, Uhlig
- 26.03. Video über Viktor Klemperer
M. Schreiter
- 09.04. Auswertung Kreisparteitag und Vertreterinnen-Beratung zur Kreistagswahl am 08. Juni
R. Fritzsche
- 23.04. Besuch von Schloss Freudenstein
- 07.05. zu Gast: der Freiburger OB-Kandidat
Th. Mittelstädt
- 21.05. Buchlesung
E. Götzelt
- 11.06. Ergebnisse der Wahlen
- 25.06. Auswertung des 1. Parteitages der LINKEN in Cottbus
- 09.07. Gedanken zur Vorbereitung einer Seniorenkonferenz in Mittelsachsen

Fortsetzung von Seite - 10 -

Grunke solle eine schriftliche Stellungnahme abgeben und sich für seine „Ausfälle“ entschuldigen.

Wie geht es jetzt weiter? Wir hoffen, im sachlichen Dialog, ohne jetzt den Kessel noch mehr unter Dampf zu setzen. Über das, was sich in den nächsten Wochen tut, werden die „LinksWorte“ in ihrer Märzausgabe berichten. Dort sollen Achim Grunke und David Rausch zu Wort kommen, hoffentlich gemeinsam und im sicherlich kontroversen Dialog, aber nicht mit unüberbrückbaren Gegensätzen. (red)



David Rausch aus Geringswalde, Aktivist des linken Jugendverbandes „solid“

Unser Leser Joachim Lenk aus Freiberg übergab uns folgende Denkanstöße

Zu wenig offen?

Die Reaktion auf Offenheit ist meistens Betroffenheit. Doch ist nicht der „Betroffene“ oft der zu wenig Offene?

Klischee

Wer`s merkt, dem tut es weh das um sich greifende Klischee, das eigene Vernunft besiegt, wenn man ihm unterliegt.

Geistige Enge

Wo Geist man in die Enge treibt, das Anspruchslose übrig bleibt. Und der, der weiß, wohin das führt, die meisten Qualen dabei spürt.

Freiberg Februar 2008

Wir trauern um unsere verstorbenen Genossen

Kurt Marks aus Mittweida
Günther Stein aus Lunzenau

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.